

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 3

Artikel: Vom Credo der "sozialen Marktwirtschaft" : dritter Brief nach Seldwyla
Autor: Winzeler, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143529>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Credo der «sozialen Marktwirtschaft»

Dritter Brief nach Seldwyla

West-Berlin, 5. Februar 1990

Lieber Freund

In unserer (niederländisch-ökumenischen) Gemeinde drüben geht der Ansprache an die Erwachsenen jeweils eine «*Kinderpredigt*» voran. Also stell Dir eine sich innig zankende und liebende Bauernfamilie im Emmental vor, die lange Zeit «nichts» und in Wirklichkeit alles besass, weil niemand so recht achtgab, wem was gehörte, alle heimlich Schokolade naschten, sich im Kühlschrank oder aus Papas Sparbuch bedienten. Doch es kommt der Tag, wo der weitgereiste Onkel hereinschneit und feststellt, was allen alles «fehlt»: Das Telefon ist dauernd besetzt, die Söhne brauchen eigene Computer, das rostige Dach will braune Ziegel, das stinkende Güllenloch eine Ventilation, der Kuhstall eine Fütterungs- und Melkanlage, das ganze Haus schreit nach «Grunderneuerung»; bilanzierte Kosten rund eine Million. Alle sind starr vor Entsetzen. Und weil der Onkel schon mal jedem hundert Franken spendiert, verpfänden sie schnell ihr Grundstück für einen Kredit. Omi muss ins Altersheim, weil Architekten, Ingenieure, Handwerker auf die Baustelle kommen – und öfters der Gerichtsvollzieher. Jetzt wird gespart, und bald misstraut jeder jedem, wird jede Minute Arbeitszeit kontrolliert und ist bei Mama kein Butterbrot ohne Abzug am Taschengeld zu bekommen. Den Kindern wird's zu dumm, sie ziehen in die Grossstadt, wo einige Erfolg haben und andere sich den Drogen ergeben. Der grosszügige Onkel aber errichtet ein nobles Ferienparadies, das Gäste aus aller Welt anzieht...

«Das haben wir nicht gewollt!»

Darf unsereiner den Deutschen noch dreinreden, oder müssen wir hart auf den Mund Geschlagenen andächtig schweigen – und

mit den Bischöfen Gott «danken» für den «Erfolg»? Ich meine nicht und warte ab, ob es wenigstens der zur stärksten Wiedervereinigungspartei avancierten *SPD* gelingt, die früh gemähte Ernte der «Deutschen Demokratischen Revolutionäre» noch vor dem Gewitter in ihre Scheune zu fahren. Sollte das Stimmvieh das verweigern, hat Klaus von Dohnanyi den wirtschaftlichen Untergang angedroht (Spiegel, 5/90), den andere schon Ende Februar erwarten (Spiegel, 6/90).

Die *PDS* macht keine bessere Figur und «wendet» sich wie ein gehetzter Hund zu Tode. Sie würde besser offen und ehrlich zu ihrer guten Sache (Sozialeigentum, Abrüstung, Internationalismus, Antifaschismus) stehen und die deutsche «Schicksalswahl» mit erhobenem Haupt verlieren. Ihr einziger Minister, der noch seinen «Mann» steht und es wagt, den Bonnern die Zähne zu zeigen, ist die geschmähte Frau Luft! In der *CDU* werden «linkslastige» Christen mit Berufsverboten belegt. Wie besinnungslos arbeiten die gesäuberten Medien an der Zerstörung der sozialistischen Psyche; die Stimmung ist wachsend aggressiv, die Bürgerrechtsbewegung hoffnungslos gespalten; das schweigende «Volk» weiss kaum, was zur Wahl steht – und überlässt dem lauten Pöbel die Strasse.

Es ist kein Zweifel möglich: Immer mehr wollen den *Kapitalismus*, aber – das ist die Torheit der Bonner Politik! – sie wollen ihn «jetzt» und im Original, nicht in «zweiter Klasse» (à la Polen und Ungarn), sondern à la München, Hamburg und West-Berlin! Man kann es kaum wagen, sie an die Vorzüge des zerschlagenen «Systems» zu erinnern. Aber kein Versprechen und kein Wahlergebnis wird sie daran hindern, die BRD zu überfluten, wenn nicht Bonn die Mauer wiederaufrichtet. Die Stimmung schlägt auch im Westen um. Und im Osten treffe ich zunehmend werktätige oder entlassene Frauen und Männer, die die Kost-

proben der westlichen «Demokratie» schon «jetzt» bis obenhin satt haben. Mit dem ungewissen Ausgang der «unfreien Wahlen» wird man leben müssen. Meine Solidarität gilt zur Zeit den vielen entsetzten Freunden, die sagen: «Das haben wir nicht gewollt!»

Pünktlich sind die *Kirchenleitungen* auf den Schnellzug der nationalen Einheit gesprungen – die widerstrebende «atheistische» PDS sei «nicht wählbar» (Bischof Leich). Man sonnt sich in der «grossen Hochachtung», mit der die breite Öffentlichkeit würdigte, was die evangelische Kirche «geleistet» hat (Loccumer Erklärung). So tut die «Kirche im Sozialismus» keine Busse, sondern widerruft, als hätte sie nie etwas anderes getan, als auf die «feste Klammer» der volkskirchlichen (auch finanziellen) «Verbundenheit» zu vertrauen, die sich gegen die unfreiwillige «Trennung» der Systeme behauptete. Man sorgt sich um die Erhaltung des Pfarrerstandes, wenn die DDR zerfällt. Die Ökumene und basisgemeindliche Gruppen, die für die Abkoppelung von den früheren Fleischtöpfen gekämpft haben, werden beschwichtigt: «Der Friede muss erhalten und gestärkt werden. Deshalb wollen wir die Sorgen und Vorbehalte ausländischer Freunde und europäischer Nachbarn gegen die Einigung Deutschlands ernst nehmen... Mit den während der Zeit der Trennung gewachsenen Erfahrungen und Unterschieden wollen wir sorgsam umgehen» (Berliner epd, 18. 1. 1990). Hoffen wir, dass dies ernster gemeint sei, als demonstrierende Theologie-Studierende der Humboldt-Universität befürchten. Die umstrittene Asyl-Gewährung für Honecker setzt ein Zeichen, das ich bejahe.

Der marktkapitalistische Fahrplan und die Abdankung des alteuropäischen «Geistes der Vernunft»

Gewiss, «menschlich» ist mir fast alles verstehbar. Auch dass unser Lehrer Arthur Rich bestätigt, es gebe keinen «dritten Weg» zwischen «Zentralverwaltungs-» und «Marktwirtschaft» – höchstens in der Ferne eine «nicht-kapitalistische» Variante einer «sozialistischen Marktwirtschaft» (Reformiertes Forum, 3/90), die aber für Liberale,

Anti- und Altkommunisten ein hölzernes Eisen ist. So fallen Christen, die eben noch auf das System der «sozialen Sicherheit» schwören, restlos «enttäuscht» ins andere Extrem und fordern das einmütige «Bekenntnis» zur ökologisch verantwortlichen «sozialen Marktwirtschaft» (die EKD bereitet schon die passende «Denkschrift» vor!). Wer daran erinnert, dass dem Volk mit diesem *Klassenkampf*begriff – ohne Volksentscheid – 1948 die Währungsreform, die Teilung Deutschlands und die Restauration des «Monopolkapitals» schmackhaft gemacht wurden, wird (in der TAZ, FAZ und Weltwoche) als weltfremder «Links-Intellektueller», als «gebrochener» oder «verkrüppelter» «Gesinnungslump» verhöhnt. So ducken sich Dichter und Denker (ausser Günther Grass), «bereuen» oder lecken ihre Wunden.

Warum tut kein Sozialethiker seine Pflicht und fragt, ob die angewandten Mittel das Ziel «des Anschlusses» und das Ziel die Opfer überhaupt rechtfertigen? Ob es sich nicht immer rächt, wenn Israel nach Ägypten zurück will (Ex 32; Jr 44)? Aber es gelte uns in den Ohren: Die «Macht des Faktischen» sei jetzt das einzig «Vernünftige», der siegreiche Global-Kapitalismus sei «evolutionsfähig» und der Sozialismus sei nie mehr gewesen als eine unwirkliche, pervertierte «Idee». So werden hübsch Kant, Hegel und Marx «erledigt», und wir erleben (wie oft noch?) eine Abdankung des «Geistes der Vernunft», die noch einmal die Grundfesten Europas zerrütten kann. Das ist es, was mich an 1933 erinnert!

Was hilft's, wenn dann auch sowjetische Ökonomen¹ nachbeten, was wir gottlob immer wussten: Kein Zentralrechner kann Angebot und Nachfrage von Millionen Produktionsgütern, Konsumgütern und Dienstleistungen lenken und auf die globalen Marktschwankungen reagieren, wie es ein effizientes Management erfordert. Und da man mit dem *totalen Markt* nicht nur «ein bisschen» schwanger gehen kann, müssen die Opfer der «Planwirtschaft» eben zusehen, wie sie baldmöglichst aus dem Sumpf herauskommen. Was können wir dafür, dass dort so gepfuscht wurde und man aus 2 + 2 eine 5 machen wollte? Von heut' an ist «jeder sich selbst der Nächste». Skrupel, die uns noch angesichts der «Wirtschafts-

flüchtlinge» aus allen Ländern der Erde befielen, auch die Dependenz-Analyse, mit der Befreiungstheologen uns gelegentlich noch Schuldgefühle einjagten – das alles ist wie weggeblasen.

Ähnlich steht es mit dem *Heilsrezept der Banken*. Da die «Planwirtschaft» übermässig die Notenpresse bediente und einen «Geldüberhang» der unbefriedigten «Nachfrage» hinterliess, ist jedem Fachmann (auch am Stammtisch) sonnenklar, dass die Bekämpfung der Inflation und der Investitionshemmungen das erste Gebot der «Gesundung» ist. Hilfe sei nicht gratis und nur im «Reform-Paket» möglich – oder gar nicht!² Da helfe nur eine Rosskur, die das begehrte Kreditgeld teuer und knapp hält (!) und mit «flexiblen» Löhnen und attraktiven Gewinnen privates Kapital anzieht, das produktive Arbeitsplätze schafft. Die meisten Betriebe müssten stillgelegt werden; leistungsgetrimmte Kleinbetriebe mögen die maroden Kombinate das Fürchten lehren und ihnen mit hohen Gehältern Fachkräfte abjagen – und bald wird man auch «Mac Donalds» und den Multis weit die Türen öffnen.

Es dürfte auch feststehen, dass die rettende «*Währungsunion*» nicht aus der überschüssenden Liquidität der Firmen und Banken, sondern von Millionen «wieder-vereinigten» Sozialhilfeempfängern berappt wird. Zwar sieht das Kapital diesen «Fahrplan» viel nüchterner, durstreicher und langfristiger als seine Wahlhelfer. Aber man weist es weit von sich, dass seine harten «Geschäftsbedingungen» eine politische Entmündigung und Entmachtung wären, wenn es rein «technisch» um Erfolg und Misserfolg geht (zeitigte doch auch Pinochets Diktatur eine relativ stabilere «Ertragsbilanz», als es Allende hätte vergönnt sein können).

Die neokonservative Revolution des himmlisch «freien» und «sozialen» Marktes

Ginge es im »offenen Meinungsstreit« um harte Tatsachen, wäre der Trunkenheit leicht zu begegnen. Aber wir treffen auf das Credo einer himmlisch «freien Welt», das von den Menschen Besitz ergreift, obgleich es vom «real existierenden Kapitalismus»

auf Erden allerorten Lügen gestraft wird (vgl. Eph. 6,12!). Es möchte nicht nur «Deutschland», sondern die ganze Menschheit vom Bösen erlösen und fusst auf folgenden Artikeln³:

1. Der freie Markt ist besser als sein Ruf. Nur er garantiert dem einzelnen die persönliche («christliche») *Freiheit* und gibt jedem seine Chance, Eigentum zu erwerben und Waren und Dienstleistungen «anzubieten», sich als «Arbeitgeber» oder doch als «Arbeitnehmer» nützlich zu machen. Wo ein kräftiges «Angebot» ist, wird auch die «Nachfrage» nicht ausbleiben (Angebots-theorie).

2. Diese «spontane» Marktregulierung ist weit sparsamer und effizienter als der «interventionistische» Staatsbürokratismus. Sie informiert jeden Wettbewerber über Angebot und Nachfrage und erzwingt die *optimale Nutzung* und Anwendung der Produktionsfaktoren von Boden, Kapital und Arbeit. Die Verknappung und Gefährdung der Ressourcen führt zur Erschliessung kostengünstigerer Quellen des Reichtums und löst weitgehend «selbsttätig» und evolutionär die ökologische Frage («soviel Markt wie möglich, so viel Plan wie nötig»).

3. Das «freie Spiel der Kräfte» belohnt die Leistung und ist damit *gerechter* als der Plan. Bei freien Vereinbarungen zum gegenseitigen Nutzen erhöht der Gewinn eines jeden den Gewinn jedes anderen – und kapital schwache Handelspartner können den «komparativen Vorteil» nutzen, also preisgünstiger Rohstoffe, Ware Arbeitskraft oder «Know How» anbieten. Nur müssen Monopole und Protektionen radikal beseitigt werden (wofür sich jetzt die beste Gelegenheit bietet).

4. Diese «Deregulierung» ist im Ergebnis «sozialer» als der Wohlfahrtsstaat, sie schafft neue «Dienstleistungen» und senkt die Steuern. Auch Post, Eisenbahn, Energie, Trinkwasser, Gesundheit, Bildung, soziale (und kirchliche) Dienste, am Ende auch Polizei und Justiz können kostengünstig «privatisiert» werden, und durch Abstossung der unrentablen Staatskonzerne werden elegant die «Altlasten» der «sozialistischen Misswirtschaft» beseitigt.

5. Der Markt ist der einzige Weg zur Freiheit der Völker. Schicksalsschläge und einzelne Härtefälle wird es immer geben, aber

vorher war die Planwirtschaft ein kollektiv verschuldeter «Weg zur Knechtschaft» (Hayek). Auch der *sogenannte Monopol-Kapitalismus* geht auf Lohn- und Preisdiktate von Gewerkschaften, sozialen Interessenverbänden und Staatsorganen zurück, die ihre Macht-Privilegien mit der Ideologie der «sozialen Gerechtigkeit» und eines angeblichen demokratischen «Mehrheitswillens» sichern. Zum Wohle des Privateigentums ist diese Allianz um jeden Preis zu brechen – besser mit, notfalls ohne demokratische Legitimation.

6. Solange noch irgendwo die «kommunistische Gefahr» besteht, die alle «Freiheit» zu ertönen droht, bleiben selbstverständlich auch ein *militärisch-industrieller Komplex*, technologische Protektionen und Geheimpolizei vonnöten (der Warschauer Pakt soll sich «entmilitarisieren», wir nicht!).

7. Gerade der Markt überwindet die Ungleichheit von Geschlechtern, Rassen und Völkern. Ist der gottlose «Kommunismus» restlos beseitigt, steht der Freiheit und dem Wohlstand der Nationen nichts mehr im Wege: Das «Ende der Geschichte», das «Jahrtausend» des Friedens und der Gerechtigkeit ist da. Mit anderen Worten: *Der Kapitalismus ist real-sozialistisch!*

Da bist Du baff – oder bin ich zynisch? Diese Traumwelt ist wie gemacht für Leute, die nach der Sonnenseite des Lebens streben. Und wer davon nie *fasziniert* war, wird nie verstehen, mit welch «gutem Gewissen» und mit welcher mörderischen Konsequenz sie seit dem Sturz Allendes verkündigt und durchgesetzt wurde und rund um den Erdball ihre Anbeter findet (ohne Faszinum kein Faschismus!). Diese Heils-Ökonomie ist zudem so einfach und klar, dass auch Deinen Seldwylern nicht einleuchten mag, warum nicht alle Welt so denkt und glaubt und zufrieden das eigene Haus bewohnt. Und doch ist es nur eine kleine radikale Minderheit der grossen verarmten Weltchristenheit, die über alle Medien ihr Credo verbreitet, in den Zentren des Finanz-Kapitals sitzt und ungeniert ganze Imperien von sogenannten «Privatunternehmen» zentralistisch verwaltet (wogegen Herr Modrow wie ein Tankstellen-Pächter wirkt). Man möchte am liebsten aufschreien und Anklage erheben und muss doch eine Art «Intellektueller» (wie Zwingli, Zola, Sartre) sein,

der genug Marx, Bibel und Zeitung lesen kann, um auch nur annähernd zu verstehen, was in dieser menschenlosen (und gottlosen) Schein-Welt des Geldes und der Waren vorgeht und warum sie auf Menschenopfern und Götzendienst gebaut ist.⁴ In ihrem christlichen (und speziell lutherischen) Mantel hat sie alle Eigenschaften der Häresie. Dass sie dem Reich und der Offenbarung des menschlichen Befreier-Gottes widerspricht, wird doch allen hell und klar, die einmal fragen, was Jesus dazu sagen würde.

Ökumenischer Bekenntnis-Streit – in der Ökonomie!

Jetzt wird sich zeigen müssen, ob es noch eine ökumenische «bekenkende Kirche» gibt in «Deutschland»! Nur ist der Streit um Schrift und Bekenntnis auch in der Ökonomie zu führen. Die «soziale Marktwirtschaft» versagt ja schon bei all den *knapper werdenden Ressourcen*, die nicht «frei» ersetzt werden können (ob Platin und Öl oder Trinkwasser, Wälder, Äcker, Weide, Baugrund, Wohnraum). Wer nicht will, dass nur wenige «freien Zugang» zu lebenswichtigen Gütern haben, muss zu «planwirtschaftlichen» Eingriffen der Besteuerung oder Subventionierung, des demokratischen Volkseigentums oder Staatsmonopols greifen. Das Ärgersichste ist die *perfide Schuldzuweisung an die Schwachen*, die solcher Schutzvorkehrungen bedürfen (hier wäre ein konditionsloser Lastenausgleich für die DDR angebracht). Die «Ökologie» kann dann den willkommenen Vorwand zur Diktatur, zur Aufhebung von Volks- und Arbeiterrechten oder zum Import von Atomstrom und High-Tech liefern (die Evolution ist ein unbarmherziger Katastrophen-Gott).

Oder was soll die Lehre vom «komparativen Vorteil», solange die Besitzenden die Macht haben, sich zu schützen und von den Minderproduktiven zu verlangen, ihren Markt zu öffnen und sich die Adern aufzuschneiden? Das geht eben auch durch «technische» Qualitätsnormen und *hohe Zinsen*. Die wuchernde Vermehrung der «Geldmenge» geschieht ja zum geringsten Teil durch die Notenpresse (und Notwehr!) sozialistischer Regierungen. Auch diese brauchen das Kreditgeld der Privatbanken, das sich «automatisch» (auf dem Compu-

ter) Jahr für Jahr um 10 Prozent vermehrt, ganz gleich, ob es in Arbeit und Ware umgesetzt oder nur verprasst und verpulvert wird. Unser globales Finanzsystem ist die grösste Inflationsmaschine. Sie wird nicht gebremst, wenn Nationalbanken die Leitzinsen anheben und den «Sozialstaat» zwingen, noch mehr Steuern für den Schuldendienst statt für Arbeit, Gesundheit und Brot aufzubringen. Diese Politik (bei stagnierendem Wirtschaftswachstum) stürzt wohl «planmässig» Regierungen, verteuert Hypotheken und Mieten, aber auf Kosten auch der Unternehmenserträge, die bei hohen fixen Kapitallasten überall dahinschwinden.

Die «Angebotspolitik», die den (steuerlos gewordenen) todkranken Kapitalismus von Tarifverträgen, Steuern und Sozialleistungen «befreit», ist nur die brachiale Folge der planenden Unvernunft. Wer wollte dann in eine ungewisse Zukunft investieren, wenn er an der Börse mit «sicheren» Höhenflügen spekulieren kann? Auch das «Konjunkturunwunder» Bonns (mit vier Prozent Wachstum) entspringt mehr fiktiven als erarbeiteten Zuwächsen, obgleich man weltweit Mehrarbeit zu einem Spottpreis einkauft (kein Wunder, dass man nach «mehr» verlangt!). «Vagabundierendes» Finanzkapital ist im Überfluss vorhanden, nur fehlen weltweit eine halbe Milliarde Arbeitsplätze. Der Markt verweigert «spontan» seine Dienste und lässt nur Raubfische – dank der «kapitalistischen Planwirtschaft» von Finanz-, Rüstungs- und Forschungsministerien – überleben.

Aber woran ist die nötige *sozialistische Gegenwehr* gescheitert? Bei allem selbstverursachten Leid konnte die «Erste Welt» mit massiven Drohungen verhindern, dass sich «blockfreie» Länder mit der «Zweiten Welt» zur gegenseitigen Hilfe, zum gerechten Tausch oder zu einem Schuldnerkartell zusammenschlossen. Das einzig «erfolgreiche» Ölkartell, das uns den schweren «Ölschock» versetzte, hat die internationale Solidarität eben nicht gestärkt, sondern nur einen Überhang an «Petrodollars» erzeugt und die Habenichtse vollends in die Schulden gestossen. Am Ende musste der Islam mit einem Bruderkrieg bezahlen, der das Kartell (zu unserem Nutzen) brach.⁵ Man kann darin «Schicksalsschläge» sehen, die

jeden Plan vereiteln – nur ist Christen und Marxisten ein unabwendbares Schicksal «nicht bekannt» (Zwingli). So sind die «externen» Faktoren des Wirtschaftskriegs ursächlicher für das Scheitern des «rückständigen» Sozialismus als fast alles, was man gegen die Politbürokratie ins Feld führen mag (wie man im Pentagon stets wusste).

Dass es ohne Demokratie im «Ostblock» keinen Aufschwung geben konnte, ist ja nur die halbe Wahrheit, denn ohne bessere Wettbewerbsbedingungen einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung (UNCTAD) konnte sich der Sozialismus die «liberale Demokratie» kaum leisten.⁶ Ob die DDR nicht wollte oder nicht anders konnte, sie «scheiterte» nicht zuletzt daran, dass sie bewusst internationalistisch und real-sozialistisch war, wovon heute nur niemand mehr wissen will. Darum: *Freispruch für Honecker* in puncto «Hochverrat»! (Es gehörten vorher andere in den Knast, die bei uns seit 1945 frei herumlaufen.)

Gibt es eine Zukunft des «ökumenischen Sozialismus»?

Und nun sollten wir uns hüten, die autoritäre «Kommando-Wirtschaft» an sich für «sozialistisch» zu halten! Sie wurde nicht von Marx und Lenin, sondern (wie Hayek im «Weg zur Knechtschaft» 1949 treffend zeigte) von der deutschen (bis heute fortlebenden) Kriegswirtschaft entwickelt. Sie kann ebenso ein todbringender Götze sein, wie eine durch zähen Föderalismus (Schweiz) oder durch kampftüchtige Gewerkschaften gefesselte «Marktwirtschaft» (Schweden, BRD) manchen von uns gebeutelten östlichen Nachbarn als «sozialistisches» Wunderland erscheint. (Nur kaufen begeisterte DDR-Bürger in West-Berlin oft preisgünstige Textilien und Kaffeemaschinen, die sie selber produzierten.) So ist kein «Plan» und kein «Markt» als solcher «sozialistisch», sondern wir wollen dieses hohe Prädikat nur noch da gebrauchen, wo Frauen und Männer, Arbeiter und Bürger, Kirchen und Regierungen Sorge tragen, dass das *Ausbluten gestoppt* wird und wir nicht auf Kosten der armen Welt leben, wo die betroffenen und verantwortlich beteiligten Menschen über Produktionsprozesse und Marktregulative entscheiden und wo ein

Schuldnerkartell zustande kommt, das den Zinswucher zu Fall bringt.

Marktwirtschaftliche Reformen können helfen, dass die Schwachen ihre Chance besser nutzen. Doch das Hauptproblem der «sozialistischen» Marktregulierung sind nicht Konsumgüter, Kaffee und Bananen, über deren Kauf (oder Boykott) die Bürger entscheiden, sondern der Bereich der rastlos vermehrten *Produktions- und Rüstungsgüter*, der nur dem Kriterium der höheren Profitrate folgt und sich der humanen Wirtschaftsdemokratie entzieht. Es wäre heller Wahn, da wieder auf die «spontane Marktregulierung» (durch Krisen und Kriege) zu vertrauen. «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser»!

Was steht uns bevor? Im Osten ziehen finstere Wolken auf. Aber auch die mit 2,7 Billionen Dollar überschuldete Rüstungs- und Staatswirtschaft der USA hat keine zureichende produktive Basis und hängt am Topf des hochverzinsten Auslandskapitals. Dieses wird es zunehmend leid, den Vampir eines «*Kapitalismus auf Pump*» zu finanzieren, und wird den Glauben an den Dollar irgendwann verlieren – schon der letzte Börsenkrach 1989 war durch den Rückzug japanischer Banken verursacht. Also zuwarten, bis es im transatlantischen Bündnis kracht? Es müsste ein strikter Abbau der Verschuldung mit Massenentlassungen in der Rüstungsindustrie erfolgen, eine Zinssenkung für nützliche Investitionen und eine Dollar-Abwertung zur Stärkung der Exportchancen (zum Nachteil Japans und der BRD; zugunsten der Armen, die sich in Dollars verschuldeten). Dieser «Kassensturz» ergäbe in Seldwyla ein böses Erwachen ob dem jähen Ende des Traumes und könnte eine hekti-

sche Kapital-Flucht (nur wohin? wohin?) und einen Zusammenbruch wie in Deutschland und den USA 1929 zur Folge haben. Wer das nicht will, muss bald einen «*dritten Weg*» der Schadensbegrenzung und -abwicklung suchen. Die grosse Koalition der Vernunft ist nötiger denn je!

A propos Unbelehrbarkeit und «*metanoia*»: Noch unlängst habe ich wie Jona darüber gehadert, dass das Ninive im Osten sich bekehrte und die Mauer fiel, bevor im «Kaufhaus des Westens» die Säulen und Fundamente erbeben (Ps 82). Aber jetzt wird Jona in Babylon gebraucht! Wird das Kapital dem kommenden Zorn entrinnen? Aber nein: Gott ist kein «Wendehals»! Nur ist es den Völkern besser, wenn der Sozialismus zuerst umkehrt und ihnen in seinem Leid ein menschliches Angesicht zeigt.

In diesem Sinne – Schalom!

1 Vgl. A. Aganbegjan, *Ökonomie und Perestroika*, Hamburg 1989.

2 Dafür sind Zeiten des Umbruchs und der Krise auch besonders günstig; vgl. J.M. Buchanan, *Hemmnisse und Hindernisse marktwirtschaftlicher Reformen*, NZZ, 27./28.1.1990.

3 Vgl. B. Ward, *Die Idealwelten der Ökonomen*. Liberale, Radikale, Konservative, Frankfurt/New York, 1986. Wenn nicht «Das Kapital», sollte man das zur Pflichtlektüre machen!

4 Vgl. F. Hinkelammert, *Die ideologischen Waffen des Todes*, Freiburg (CH) 1985.

5 Vgl. «...ihre Aktien sind wie Heu auf den Wiesen...», *Auslegungen biblischer Texte zur Verschuldungskrise*, Dokumentation 63/88 des Evang. Bildungswerkes Berlin.

6 Sie fängt erst oberhalb eines Pro-Kopf-Einkommens von 6000 Dollar an; vgl. Kolloquium in DIE ZEIT vom 29.12.1989. Hier gedenke ich des beherzten, jüngst verstorbenen Ökonomen Helmut Faulwetter, der die DDR in der UNCTAD vertrat. Vgl. H. Faulwetter/P.Stier, *Entwicklungsländer am Scheideweg*, Berlin 1984.

Für uns ist ein «Bund europäischer Völker» – als Teil eines Bundes aller Völker – die einzige politische Perspektive, die weiterführt. Ein «Bund europäischer Völker» ist die positive Alternative sowohl zum kapitalistischen EG-Binnenmarkt als auch zu einem neuen kapitalistischen «Grossdeutschland»...

Ein einheitlicher deutscher Nationalstaat hat sich in der Geschichte nicht bewährt. Gerade in der Zeit des deutschen Nationalstaates (1871–1945) hat das Deutsche Reich zwei Weltkriege entfesselt und dadurch millionenfaches Leid verursacht.

Mit unserem Votum für einen Bund europäischer Völker aktualisieren wir Überlegungen von Leonhard Ragaz und Karl Barth, die 1945 – von der Schweiz aus – davon abgeraten haben, einen neuen, kapitalistisch geprägten deutschen Zentral-Nationalstaat wiedererstehen zu lassen.

(Aus der Erklärung der Initiative «Für einen Bund europäischer Völker» von Christinnen und Christen in der BRD)